

An die
Mitglieder
des Kreientwicklungsausschusses

Gummersbach, den 24.10.2007

EINLADUNG KREISENTWICKLUNGS-AUSSCHUSS

KEA/004/2007

für **Donnerstag, 08.11.2007, 17:00 Uhr**

in der "Alte Drahtzieherei", Wupperstraße 8, 51688 Wipperfürth

Tagesordnung

lfd. Nr.	Tagesordnungspunkt	Vorlagennummer
A Öffentlicher Teil		
1.	Einwohnerfragen	
2.	Regionale 2010, Projekt "Wasserquintett" Präsentation der Ergebnisse und Beschlussfassung	0186/2007/LR/AV
3.	Fortschreibung des Nahverkehrsplanes des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Ruhr-Lippe	0183/2007/V
4.	Pass für Bedürftige zur verbilligten Nutzung des ÖPNV hierzu: Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.09.2007	0184/2007/V
5.	Anträge	
6.	Anfragen	
7.	Mitteilungen	
7.1.	RVK-Buslinie 421 (Lindlar - Bensberg)	0185/2007/V

B Nichtöffentlicher Teil		
8.	Anträge	
9.	Anfragen	
10.	Mitteilungen	

Bei Verhinderung bitte umgehend Herrn Spahn –**02261 88-6801**– informieren.
Parkkarten können beim Schriftführer in Ausfahrkarten getauscht werden.

Die gesamten Unterlagen des öffentlichen Teils der Sitzung können Sie auch über das Internet unter <http://session.obk.de/bi> abrufen. Sollten Sie über einen Zugang zum Kreistagsinformationssystem verfügen, können Sie auch den nichtöffentlichen Teil unter <http://session.obk.de/ri> einsehen.

gez.

Konrad Frielingsdorf
(Ausschussvorsitzender)

beglaubigt:

gez.

(Ulrich Spahn)



Vorlage
Kreisentwicklungsausschuss
Kreisausschuss
Kreistag

Sitzungsdatum: 08.11.2007

Sitzungsdatum: 26.11.2007

Sitzungsdatum: 13.12.2007

Vorlage Nr.: 0186/2007/LR/AV

Tagesordnungspunkt	2	- öffentlich -
Betreff:		
Regionale 2010, Projekt "Wasserquintett"		
Präsentation der Ergebnisse und Beschlussfassung		
Beschlussvorschlag:		
Der Kreistag beauftragt die Verwaltung auf der Grundlage der Ergebnisse der Planung zum Projekt „Wasserquintett“ von der Werkgemeinschaft Landschaft GmbH aus Nürnberg die Planung weiterzuführen, entsprechende Förderanträge zu stellen und zur Umsetzung der Maßnahmen bzw. Projekte/Projektideen die entsprechenden Kostenansätze in die kommenden Haushaltsberatungen einzubringen, weiterhin mit den beteiligten Kommunen und dem Wupperverband eine Kooperationsvereinbarung zu treffen bzw. zu schließen, die die gemeinsam abgestimmte Vorgehensweise und Umsetzung sicherstellt.		

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen
Kosten €	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr
Vorgesehen im	<input type="checkbox"/> Verwaltungshaushalt	<input type="checkbox"/> Vermögenshaushalt
	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung	<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

Das Büro WGF Landschaft GmbH aus Nürnberg wurde vom Leitungskreis und in Abstimmung mit der Regionale 2010 Agentur aus mehreren Bewerbern für die Bearbeitung der Gesamtperspektive für das Regionale 2010 Projekt `Wasserquintett` ausgewählt und durch die Regionale 2010 Agentur im Sommer 2007 beauftragt. Die Finanzierung erfolgte anteilig durch die beteiligten Kommunen, den Oberbergischen Kreis, den Wupperverband und der Regionale 2010 Agentur. Die Planungen liegen jetzt im Grundsatz vor und werden in der Sitzung von Herrn Prof. Aufmkolk und Herrn Dipl.-Ing. Hupfer vorgestellt.

Vor dreieinhalb Jahren haben sich die Kommunen Hückeswagen, Marienheide, Radevormwald und Wipperfürth zusammengeschlossen, um in enger Kooperation mit dem Oberbergischen Kreis und dem Wupperverband die Zukunftsaufgaben des Projektraumes „Wasserquintett“ zu bearbeiten.

Gemäß den Vorgaben und Zielen des Masterplanes: grün wurde dann das Projekt „Wasserquintett“ weiter inhaltlich qualifiziert, um daraus ein tragbares Regionale 2010 Projekt zu machen. Im April 2005 ist dann das „Wasserquintett“ als B-Projekt durch den Regionale-Ausschuss qualifiziert worden.

Seit dem Jahre 2004 arbeiten nun die vier Kommunen im Rahmen des Strukturprogramms der Landesregierung der Region Köln/Bonn, der Regionale 2010, für das Projekt „Wasserquintett“ eng zusammen. Gemeinsam mit dem Wupperverband und unter fachlicher Begleitung und in Kooperation mit dem Oberbergischen Kreis, der Landesagrарverwaltung und der Regionale 2010 Agentur ist inzwischen ein eng geflochtenes Netzwerk der Qualifizierung dieses Talsperrenraumes konzipiert worden. Über ein im Jahr 2006 seitens des Landes Nordrhein-Westfalen gefördertes Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept (ILEK) wurde der Grundstein für die LEADER - Bewerbung sowie auch für die jetzt vorliegende „Gesamtperspektive Wasserquintett“ (Projektarchitektur) gelegt.

Im Rahmen des ILEK – Prozesses wurden fünf Leitprojekte, eine Vielzahl von Einzelprojekten und weitere zahlreiche Projektideen entwickelt. Auf dieser Grundlage wurde Ende September 2007 die LEADER – Bewerbung beim Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein – Westfalen abgeben. Mit einer Entscheidung ist noch im Dezember 2007 zu rechnen.

Das Büro WGF Landschaft GmbH hat die Aufgabe erhalten, auf der Basis einer interkommunalen Bestandsaufnahme die kommunalen Planungen und Zielvorgaben

der Kommunen und des Wupperverbandes zusammenführen, aufeinander abzustimmen und in einer Projektarchitektur aufzubauen.

Dies soll nach einer gesamtperspektivischen Projektplanung für das „Wasserquintett“ erfolgen, in der mögliche Handlungsfelder, Zielprojekte und Ideenanstöße aufgezeigt werden, die u.a. in einzelnen Projekten die Vorgaben des Masterplan: grün beispielhaft umsetzen. Hierbei kann auf das ILEK zurückgegriffen werden, das bereits Projekt- und Maßnahmenvorschläge in Zusammenarbeit mit der interessierten Bürgerschaft vor Ort erarbeitet hat.

Die jetzt erarbeitete „Gesamtperspektive Wasserquintett“ in Form und Aussage eines „Masterplan Wasserquintett“ beinhaltet und bündelt die bisher erarbeiteten Handlungsfelder und Ziele für den Projektraum (ILEK, LEADER, REGIONALE 2010) und konkretisiert sie anhand einer Vielzahl von Maßnahmen, Projekten und Projektideen, die auch entsprechend verortet werden. Dieser „Masterplan“ zeigt damit eine planerisch leitende Perspektive für den Projektraum auf, der mindestens einen Zeitraum von 15 Jahren umfasst, ähnlich wie ein Flächennutzungsplan. Auch sollte er eine entsprechende Bindungswirkung entfalten.

Die Realisierung der einzelnen Maßnahmen ist natürlich abhängig vom Planungsfortschritt, von der Verfügbarkeit der Grundstücke und der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel sowie den entsprechenden Förderzusagen.

Das „Wasserquintett“ ist als Zukunftsprogramm der beteiligten vier Kommunen, des Oberbergischen Kreises und dem Wupperverband angelegt und beinhaltet einen längeren Zeitraum (bis zu 15 Jahre). Daher ist heute auch eine abschließende Kostenschätzung nicht möglich. Die entsprechenden Maßnahmen und Projekte werden je nach Planungsstand und Zuständigkeit in die politische Beratung gegeben.

Was die Förderung aus LEADER angeht, vorausgesetzt dass der Projektraum auch LEADER - Region wird, so haben die Beteiligten jeweils die Kofinanzierung für den Zeitraum 2008 - 2013 sicherzustellen, um die Projekte entsprechend umzusetzen.

Im Rahmen des LEADER - Antrages wurde in Anlehnung an die dort dargestellten Projekte ein überschlägiger Kostenrahmen erstellt, der nicht abschließend ist.

Ein Teil der vorgeschlagenen Maßnahmen kann sicherlich auch über Dritte finanziert werden. Hier ist allenfalls eine steuernde Funktion erforderlich.

Das beauftragte Büro WGF Landschaft GmbH hat folgende Projekte und Projektideen erarbeitet:

Ausgehend von den landschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten innerhalb des

Projektgebietes wurde eine ‚Projektarchitektur‘ für das Gebiet des Wasserquintetts entworfen, die sich vor allem an den vorhandenen Strukturen der Talsperren, der Orte und der bestehenden Rad- und Wanderwege orientiert. Die Projektarchitektur verwendet folgende Begriffe:

- Die Wupperwege:

Hierunter ist sowohl der durchgängige Wanderweg entlang der Wupper als auch der, in Teilen neu zu gestaltende Wupperradweg zu verstehen. Der Wupperradweg wird in Verlängerung des bereits gebauten Teilabschnittes zwischen Marienheide und Wipperfürth bis Radevormwald-Dahlerau soweit möglich auf der ehemaligen Bahntrasse geführt. An der Wuppertalsperre und in einigen innerstädtischen Abschnitten wird eine alternative Wegeführung angedacht. Die Weiterführung des Wupperradwegs nach Remscheid-Lennep ist als Ziel bereits formuliert. Die Anbindung nach Wuppertal-Barmen sollte angedacht werden.

In Abschnitten übernimmt der Wupperradweg die Funktion thematischer Routen. So wird das Teilstück Marienheide-Wipperfürth als ‚Wasser-Erlebnis-Weg‘ entwickelt. Die Strecke um die Wuppertalsperre könnte als ‚Familienroute‘ speziell für Bedürfnisse von Kindern ausgebaut werden.

- Die Routen:

Die Routen ergänzen und qualifizieren ausgehend von den Wupperwegen das Rad- und Wanderwegenetz in der Region. Die Routen verbinden die Orte und die Talsperren untereinander, erschließen neue Bereiche abseits der Talsperren und berücksichtigen in besonderem Maße die landschaftlichen und kulturellen Besonderheiten des Projektgebietes. Über die Routen wird auch die Anbindung an angrenzende Projektgebiete der Regionale hergestellt. Angedacht sind Routen u.a zum Thema Quellen, Wasser und Täler, zum Thema Land- und Forstwirtschaft, zum Thema Kooperation der Landwirtschaft im ganzheitlichen Gewässerschutz, zum Thema historische Wege sowie insbesondere zum Thema der Talsperren.

- Die Portale:

Die Portale stellen die Verbindung zwischen dem ‚schnellen‘ Verkehr der Hauptverkehrsstraßen und der Bahnstrecke und dem ‚langsamen‘ Verkehr der Wander- und Radwege her. Die Lage und Anzahl der Portale wird auf markante Eingangssituationen ins Projektgebiet beschränkt. Die Gestaltung soll einheitlich als baumbestandene ‚Reisegärten‘ mit Aufenthaltsqualität in Form von Parkplätzen mit Rastmöglichkeiten erfolgen.

- Die Projekte:

Zu den Themenbereichen Wasser, Landschaft und kulturelles Erbe verteilen sich Einzelprojekte im Gesamttraum. Die Lage der Projekte steht im Bezug zu den Wupperwegen, zu den Routen und zu den Orten. Als Projekte werden sowohl

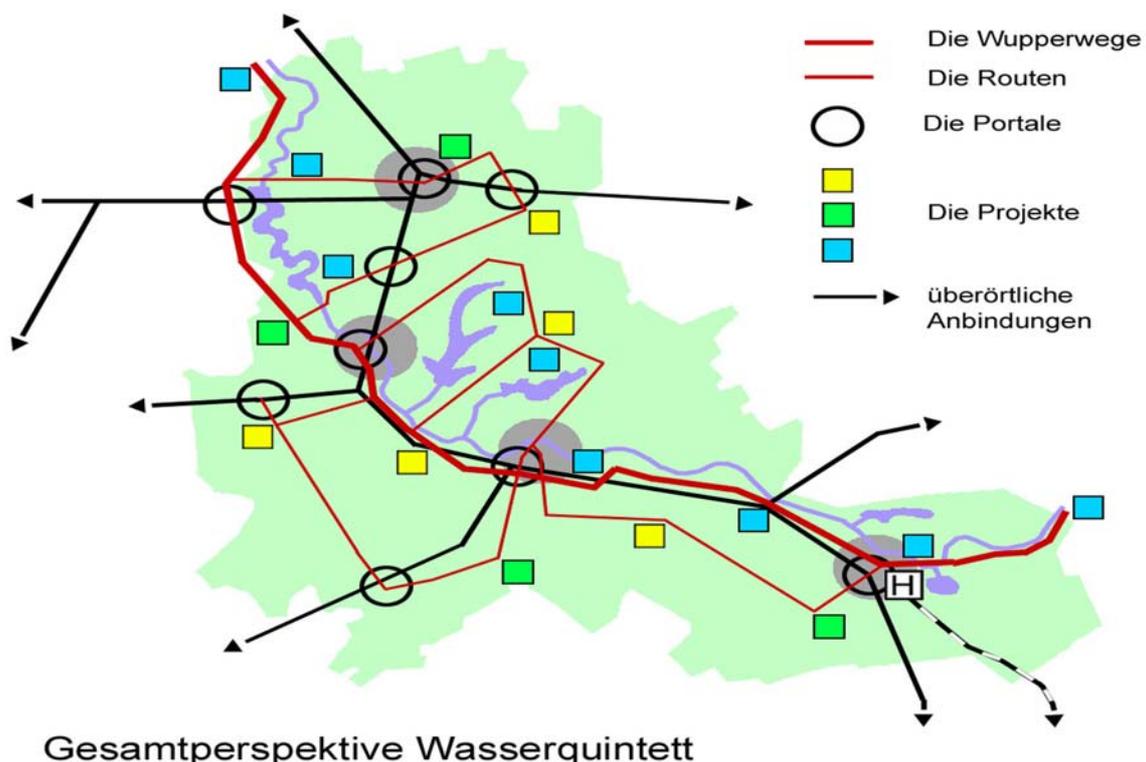
innerstädtische Entwicklungsmaßnahmen an Gewässern oder an innerstädtischen Freiflächen als auch Maßnahmen im Zusammenhang mit den Talsperren bezeichnet. Weitere Projekte betreffen Zuflüsse der Wupper, die Wupper selbst sowie Brachflächen der ehemaligen Bahnlinie.

- Die Stationen:

An den Wegen und Routen erläutern Stationen die Besonderheiten des Raums und geben nähere Informationen. Dies können z.B. kulturhistorische Bauwerke, Denkmäler, naturgeschichtliche Besonderheiten oder auch wasserbauliche Einrichtungen sein. Auch Info-Punkte an den Ortseingängen können als Stationen bezeichnet werden.

- Die Ausstellung:

Hierunter ist ein Gesamtkonzept zur Präsentation des ‚Wasserquintetts‘ im Rahmen der Regionale 2010 zu verstehen. Darüber hinaus sollen Vorschläge zur langfristigen Darstellung des Projektgebietes gegeben werden.



gez.
Hagen Jobi
-Landrat-

gez.
Volker Dürr
-Dezernent-

Hinweis:

Der Vorlage liegt die Bewerbung zur LEADER-Region bei.



Vorlage

Kreisentwicklungsausschuss

Sitzungsdatum: 08.11.2007

Vorlage Nr.: 0183/2007/V

Tagesordnungspunkt	3	- öffentlich -
Betreff:		
Fortschreibung des Nahverkehrsplanes des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr Ruhr-Lippe		
Beschlussvorschlag:		
<p>Der Kreisentwicklungsausschuss begrüßt die im Entwurf des 2. Nahverkehrsplanes für den Raum Ruhr-Lippe vorgenommene Einordnung der Reaktivierung der Schienenverbindung Gummersbach – Brügge unter der Kategorie 'vordringlicher Bedarf'. Die Zielsetzung, den Schienenverkehr zwischen Marienheide und Meinerzhagen zum Dezember 2013 wieder aufzunehmen, wird bestätigt. Unterstützt wird die Forderung nach einer Erhöhung der Reisegeschwindigkeit auf der Regionalbahn 52 (Dortmund – Hagen – Lüdenscheid).</p>		

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen
Kosten €	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr
Vorgesehen im	<input type="checkbox"/> Verwaltungshaushalt	<input type="checkbox"/> Vermögenshaushalt
	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung	<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

Der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Ruhr-Lippe schreibt vor dem Hintergrund der Kürzung der Regionalisierungsmittel, der Novellierung des ÖPNV-Gesetzes NRW und der Bildung neuer Kooperationsräume seinen Nahverkehrsplan fort. Als Kernstück des künftigen Kooperationsraumes Westfalen sieht sich der Zweckverband in einer besonderen Verpflichtung, die weit über seine Grenzen hinausgehenden Verkehre fortzuentwickeln. Besondere Bedeutung wird der Sicherung sowie dem Ausbau der Schieneninfrastruktur und der Bahnhöfe beigemessen.

Für den Oberbergischen Kreis ist im genannten Zusammenhang die Positionierung des Zweckverbandes bezüglich der Wiederaufnahme von Schienenpersonennahverkehr zwischen Marienheide und Brügge von Bedeutung. Im Entwurf des 2. Nahverkehrsplanes wird die Reaktivierung der Schienenverbindung Gummersbach – Brügge wie schon im aktuell gültigen Plan unter der Kategorie "vordringlicher Bedarf" eingeordnet. Die Weiterführung des derzeitigen SPNV-Angebotes auf der RB 25 (Köln – Marienheide) bis Meinerzhagen wird wegen des erforderlichen planerischen Vorlaufs für eine Betriebsaufnahme im Rahmen der Dieselnetzausschreibung des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg zum Dezember 2013 angestrebt.

Zu begrüßen ist die im Planentwurf als Zielsetzung aufgeführte Erhöhung der Reisegeschwindigkeit der Kursbuchstrecke 434 "Dortmund – Hagen – Lüdenscheid" (RB 52). Dies macht die künftige Schienenverbindung "Köln – Gummersbach – Lüdenscheid" zusätzlich attraktiv. Zu bestätigen sind in diesem Zusammenhang ebenfalls die für notwendig erachteten Investitionen in die Bahnhöfe Brügge und Lüdenscheid.

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Volker Dürr
-Dezernent-



Vorlage

Kreisentwicklungsausschuss

Sitzungsdatum: 08.11.2007

Vorlage Nr.: 0184/2007/V

Tagesordnungspunkt	4	- öffentlich -
Betreff: Pass für Bedürftige zur verbilligten Nutzung des ÖPNV hierzu: Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.09.2007		
Beschlussvorschlag: wird ggf. in der Sitzung erarbeitet		

Der Sachverhalt ist auf der Rückseite dargelegt.

Finanzielle Auswirkungen des Beschlusses:		
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> noch nicht zu übersehen
Kosten €	Haushaltsstelle	Haushaltsjahr
Vorgesehen im	<input type="checkbox"/> Verwaltungshaushalt	<input type="checkbox"/> Vermögenshaushalt
	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung	<input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung

SACHVERHALT

Mit Datum vom 05.09.2007 (Vorlagennummer 0160/2007/V) hat die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den als Anlage beigefügten Antrag zur Kreistagsitzung am 13.09.2007 gestellt.

Der Kreistag hat diesen Antrag einstimmig zur weiteren Beratung an den Kreisentwicklungsausschuss verwiesen.

Sowohl der Antrag als auch die damalige Stellungnahme der Verwaltung und ein Auszug aus der Niederschrift über die Beratung und Entscheidung des Kreistages sind der Vorlage als Anlage beigefügt.

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Volker Dürr
-Dezernent-

**Kreistagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Oberberg**

Kölner Straße 296
51645 Gummersbach
TEL 02261/24540
FAX 02261/28695
gruene-ktf.oberberg@t-online.de
www.gruene-oberberg.de

Mo 15-19 h, Mi 15-18 h, Do 10-15 h

Uwe Söhnchen
Jreustagsmitglied
TEL 02261/72426, FAX 979314
u@uwe-soehnchen.de

Kerstin Pretzsch-Bode/Mitarbeiterin

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Kölner Straße 296 51645 Gummersbach

An den Landrat
des Oberbergischen Kreises
Herrn Hagen Jobi

51641 Gummersbach

05.09.2007

Antrag zur Sitzung des Kreistages am 13.09.2007

Sehr geehrter Herr Landrat,

zur Sitzung des Kreistages am 13.10.2007 stellt die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden Antrag.

Der Oberbergische Kreis möge beschließen:

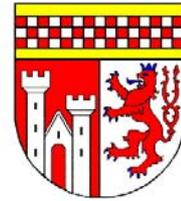
Die Verwaltung erarbeitet in enger Zusammenarbeit mit der ARGE Oberberg, den Kommunen und engagierten Verbänden und Einrichtungen sowie dem Verkehrsverbund eine Bescheinigung/einen Pass für Bedürftige zur verbilligten Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs um so deren Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherzustellen.

Begründung:

Die Möglichkeiten am öffentlichen Leben teilzunehmen ist eine Grundlage sich als Teil dieser Gesellschaft mit Ihren Möglichkeiten und Pflichten bewusst zu werden. Im Rahmen der Diskussion über die Wichtigkeit eines nahrhaften Mittagessens in den Schulen, und der damit verbundenen Diskussion über wie viel Geld den Familien überhaupt zur Verfügung steht, fiel auf, das immer mehr Menschen im Oberbergischen kein Geld zur Verfügung steht, um den öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen zu können. Als Institution sehen wir einzig beim Oberbergischen Kreis die Möglichkeiten dies mit dem nötigen Überblick anzugehen.



Uwe Söhnchen, Kreistagsmitglied



Stellungnahme zum Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.09.2007

Sitzung des Kreistages am 13.09.2007

zu Vorlage Nr.: 0160/2007/V

Tagesordnungspunkt	7.2	- öffentlich -
Betreff:		
Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs		

Entscheidungen über Anpassungen des Verbundtarifs im Verkehrsverbund Rhein-Sieg einschließlich der Neueinführung bzw. Rabattierung von Ticketangeboten für einkommensschwächere Zielgruppen fallen ausschließlich in die Zuständigkeit der dafür vorgesehenen Gremien des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg. Die bisherige Einschätzung auf Verbundebene geht dahin, dass die aus einer Tarifabsenkung resultierenden Umsatzeinbußen nicht durch neue Kunden ausgeglichen werden können. Demgemäß werden in diesem Falle höhere Defizite der kommunalen Verkehrsunternehmen und damit Mehrbelastungen der kommunalen Haushalte zu erwarten sein. Aus diesem Grunde ist bislang von der Einführung bzw. Übernahme derartiger Tickets in den Verbundtarif abgesehen worden.

Die Zweckverbände haben gemäß ÖPNVG NRW darauf hinzuwirken, dass im jeweiligen Kooperationsraum ein Verbundtarif zur Anwendung kommt. Sie haben in diesem Zusammenhang darauf zu achten, dass das Verbundtarifsystem transparent, d. h. für die Kunden überschaubar bleibt. Wenn jede Kommune bzw. jedes Verkehrsunternehmen eigene Sondertarife einführen könnte, würde dies in erheblichem Widerspruch zum Verbundgedanken stehen und ein Auseinanderbrechen des Verkehrsverbundes begünstigen.

Jedoch können die dem Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg angehörige Gebietskörperschaften ihren Bürgerinnen und Bürgern Rabatte auf genehmigte Verbundtarife gewähren, wenn dafür ein vollumfänglicher Ausgleich an das/die Verkehrsunternehmen gezahlt wird. Von dieser Regelung haben in der Vergangenheit mehrere Gebietskörperschaften im Verkehrsverbund Rhein-Sieg Gebrauch gemacht, ohne dass sich die zuständigen Verbundgremien inhaltlich und formal damit beschäftigt haben. In diesem Fall ist es Praxis, den Differenzbetrag je ermäßigtem Ticket aus kommunalen Haushaltsmitteln zu finanzieren.

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Volker Dürr
-Dezernent-

AUSZUG

aus der Niederschrift über die Sitzung des des Kreistages am 13.09.2007 im
Ratssaal der Stadt Gummersbach, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach

Zu TOP 7.2:	Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.09.2007: "Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs"	0160/2007/V
	<p>Der Antrag hat folgenden Wortlaut:</p> <p>„Die Verwaltung erarbeitet in enger Zusammenarbeit mit der ARGE Oberberg, den Kommunen und engagierten Verbänden und Einrichtungen sowie dem Verkehrsverbund eine Bescheinigung/einen Pass für Bedürftige zur verbilligten Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs um so deren Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherzustellen.“</p> <p>KTM Söhnchen begründet der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. An der weiteren Diskussion beteiligen sich die KTM Frielingsdorf und Wurth. Dabei regt KTM Frielingsdorf an, den Antrag zur weiteren Beratung zunächst an den Kreisentwicklungsausschuss zu verweisen.</p> <p>Der <u>Kreistag</u> fasst einstimmig folgenden</p>	
Beschluss Nr. 7:		
<p>Der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.09.2007 zum Thema: „Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs“ wird zur weiteren Beratung an den Kreisentwicklungsausschuss verwiesen.</p>		

Für die Richtigkeit:

Steiniger
-Schriftführer-



Mitteilung

Kreisentwicklungsausschuss

Sitzungsdatum: 08.11.2007

Vorlage Nr.: 0185/2007/V

Tagesordnungspunkt	7.1	- öffentlich -
Betreff: RVK-Buslinie 421 (Lindlar - Bensberg)		

Die Anregung der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK), die wenigen aktuell über Köttingen (L 299) geführten Fahrten auf den Linienweg über Schmitzhöhe (K 24) zu verlagern, ist während der letzten Monate wiederholt zwischen der RVK, der Gemeinde Lindlar und dem Aufgabenträger Oberbergischer Kreis erörtert worden. Die Gemeinde hat frühzeitig einen zustimmenden Beschluss gefasst. Vorausgesetzt war hierbei, dass die RVK den in diesem Zusammenhang angebotenen TaxiBus Betrieb für Fahrgäste aus dem Korridor L 299 (Linienweg über Köttingen) kostenneutral für die Gemeinde und den Aufgabenträger Oberbergischer Kreis durchführt. Vorausgesetzt war weiterhin, dass die RVK im Korridor K 24 (Linienweg über Schmitzhöhe) Verbesserungen für den Schülerverkehr ermöglicht. Letzteres hätte zur Folge, dass eine mittägliche Fahrt von Lindlar nach Schmitzhöhe aus dem Stundentakt herausgenommen wird.

In einem Gespräch in Lindlar und danach im diesbezüglichen Schriftverkehr hat die RVK in der Folge deutlich gemacht, dass der von ihr angebotene TaxiBus Verkehr aus verschiedenen Gründen nicht als Ersatzverkehr durchgeführt werden könne. Insofern sei bei Einrichtung dieses Verkehrsangebotes eine Defizitabdeckung durch die Gebietskörperschaften erforderlich. Damit war eine wichtige Grundlage für die Beschlusslage in der Gemeinde nicht mehr gegeben. Kreis und Gemeinde haben sodann mit der RVK einen Kompromissvorschlag folgenden Inhalts erörtert: Es wird nur ein Teil der heute über die L 299 führenden Fahrten auf die K 24 verlagert, im Gegenzug ermöglicht die RVK die seitens der Gemeinde angestrebten Verbesserungen im Schülerverkehr zwischen Lindlar und Schmitzhöhe. Nachdem die RVK zunächst an dieser Lösung interessiert schien, wurde nunmehr unter Hinweis auf die Interessen des Rhein.-Berg. Kreises argumentiert, die Herausnahme einer mittäglichen Fahrt von Lindlar nach Schmitzhöhe aus dem Stundentakt sei

problematisch. Stattdessen werde vorgeschlagen, ab dem Fahrplanwechsel Dezember 2007 eine bislang in Schmitzhöhe endende Verstärkungsfahrt der Linie 421 zum Schulzentrum Lindlar zu verlängern, so dass eine zusätzliche Verstärkungsfahrt um 14:00 Uhr ab Schulzentrum Lindlar über Schmitzhöhe eingerichtet werden könne. Auch hier war zunächst von zusätzlichen Kosten keine Rede. Eine diesbezügliche Nachfrage hatte zum Ergebnis, dass die zusätzlich erbrachten Betriebsleistungen von dem RVK-Gesellschafter OVAG (und damit indirekt vom Oberbergischen Kreis) zu finanzieren seien.

In Abstimmung mit der Gemeinde Lindlar hat der Oberbergische Kreis nunmehr der RVK mitgeteilt, dass eine teilweise Verlagerung von Fahrten vom Linienweg L 299 auf den Linienweg K 24 dann ab Fahrplanwechsel Dezember 2007 möglich sei, wenn dem Anliegen von Kreis und Gemeinde, Verbesserungen im Schülerverkehr vorzunehmen, kostenneutral für die Gebietskörperschaften Rechnung getragen werde. Ansonsten entfalle die Basis für eine Verlagerung von Fahrten. Es bestehe jedoch die Bereitschaft, auch nach dem kommenden Fahrplanwechsel gemeinsam mit der RVK und ggf. dem Rhein.-Berg. Kreis auf ein stärker als bisher auf Lindlarer Belange zugeschnittenes Fahrtenangebot auf der Relation Köttingen/Schmitzhöhe – Lindlar (Schulzentrum) hinzuwirken.

gez.

Hagen Jobi
-Landrat-

gez.

Volker Dürr
-Dezernent-